

Mit massiver Mobilisierung zum DGB-Großaktionstag
des 21. Oktober den Druck erhöhen!

"Das geht nur ganz anders!" - Für kostenlose Bildung, Ausbildungsplätze,
Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung und höhere Regelsätze beim ALG II!

Aktionswoche
der Studierenden und der Sozialproteste

vom 14. bis 20. Oktober

Gegen Bildungs- und Sozialabbau

In der Woche vor dem 21. Oktober machen die Sozialproteste und die Studierenden mit Aktionen in der Öffentlichkeit auf ihre Situationen aufmerksam. Da hilft nicht Kleckern sondern nur Klotzen, da beide Projekte der Regierenden, der Bildungs- und der Sozialabbau grundlegend politisch falsch sind.

Die Forderungen der Studierenden und der Schülervertretungen:

- Freie Bildung von der Kita bis zur Hochschule! – Nein zu Studiengebühren
- Abschaffung des selektiven dreigliedrigen Schulsystems - für die Einführung einer qualitativ besseren, einheitlichen Schule für alle
- Einführung eines bedarfsdeckenden, darlehensfreien BAföG
- keine Ein-Euro-Jobs an Hochschulen

Studiengebühren machen Hochschulausbildung für Menschen ohne reiche Eltern zur angstbesetzten Tortur. Egal, ob sie später Kredite zurück zahlen müssen oder durch sogenannte Studienkonten unter ständigen Druck gesetzt werden:

Jegliche Finanzschraube schreckt Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten, gemeint sind damit Kinder von nicht-reichen Eltern, von einem Hochschulstudium ab. Alleine die Lebenshaltungskosten während des Studiums regelmäßig aufzubringen, stellt für viele Menschen eine Hürde dar, die sie nicht überspringen können. Mit Studiengebühren wird dieser Druck ungeheuerlich erhöht, so dass ein Studium noch mehr zum Privileg für Kinder reicher Eltern wird.

Der sogenannte Ausbildungspakt ist gescheitert, "freiwillig" werden Ausbildungsplätze nur abgebaut, die Jugend bleibt ohne berufliche Ausbildung im Regen stehen! Da kann es nur heißen: wer nicht ausbildet muss zahlen!

Eigentum verpflichtet - Weg mit Hartz IV!

Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose! Hartz IV schafft keine Arbeitsplätze!

Die Hartzgesetze sollen weiter zum Armutsgesetz, Entmündigungsgesetz, zum Verfolgungsgesetz ausgebaut werden.

Die Hartzgesetze stoßen die Menschen, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind, in eine verkehrte Welt. Wie Hamster in einem Laufrad werden sie zu hektischer Betriebsamkeit bei gleichzeitigem Absturz in hoffnungslose Armut getrieben. Mit sisyphusartiger Betriebsamkeit müssen sie um Arbeitsplätze kämpfen, die es nicht gibt.

Es ist die Lebenslüge von Hartz IV, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Jeder, der nur ein wenig Zeitung liest oder die Nachrichten mitbekommt, weiß, dass dort keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern dieser Arbeitsmarkt täglich schrumpft.

Der staatlich und gesetzlich institutionalisierte Terror der Hartzgesetze zielt auf die Noch-Beschäftigten: ihnen sollen Niedrigstlöhne und Arbeitszeiten bis zur Erschöpfung abgepresst

werden. Gleichzeitig sollen sie verächtlich auf die Hartzfaulenzler herabblicken, die ihnen auf der Tasche liegen und nur mit äußerster Brutalität aus ihrer Faulheit aufgerüttelt werden können sollen.

Wer keine Arbeitsplätze schafft, muss zahlen!

Arbeitgeber geben keine Arbeit mehr! Dafür streichen sie Gewinne ein wie nie zuvor. Wer keine Arbeit gibt und nur Gewinne einstreicht, wer nur Gewinne einstreicht und die Jugend nicht mehr ausbildet, muss zahlen. So steht es im Grundgesetz: Eigentum verpflichtet! Auf dieses Grundgesetz hat die Regierung ihren Amtseid geleistet, damit sie aber auch so regiert, müssen wir sie zum Jagen tragen!

Ausbildung und eine Ausweitung öffentlicher Beschäftigung kann daraus finanziert werden. Auch eine tatsächliche Grundsicherung für die Menschen, denen menschenwürdige Arbeitsplätze vorenthalten werden, kann davon bezahlt werden. Das geht nicht ohne Druck von uns allen gemeinsam.

Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben!

Die Regierung muss zu einem grundsätzlichen Kurswechsel in der gesamten Sozial- und Arbeitspolitik gezwungen werden. Die Forderungen der Sozialproteste sind nach wie vor: 30 Stundenwoche, 10 Euro Mindestlohn, Erhöhung des Alg II-Regelsatzes auf 500 Euro, repressionsfrei.

In der Woche vom 14. bis 20. Oktober werden zur Verstärkung der Mobilisierung zum DGB-Großaktionstag am 21. Oktober verschiedene Aktionen stattfinden:

- "fürsorgliche Belagerungen" der Arbeitsagenturen, nach dem Vorbild des Campens vor der ARGE in Aschersleben. Intensivierung der Präsenz mit Infotischen usw. vor den Ämtern
- Hungerstreik bzw. Protestfasten als entschlossenes Signal gegen die existentiellen Bedrohungen und den Demokratieabbau durch die Hartz-Gesetze
- Aktionen vor Amtssitzen der Verantwortlichen für die Einführung von Studiengebühren und für die Hartz IV-Gesetzgebung und -umsetzung
- Aktionen und Aktionstage an Hochschulen, geplant sind auch Streiks

Am 21. Oktober steht viel auf dem Spiel, und es liegt in unserer Hand, daraus einen Aufbruch der Gesellschaft zu machen.

Der DGB, die Sozialverbände, die großen kirchlichen Organisationen und die linken Parteien sind in der Lage, die großen Zahlen ihrer Mitglieder zu Demonstrationen zu mobilisieren.

Unter dem Motto "Das geht nur ganz anders!" ruft ein breites Bündnis von attac, Studierenden und ihren Vertretungen, Organisationen der Wohnungslosen, der Menschen ohne deutschen Pass, bis zu den Sozialprotesten ebenfalls zu den Demonstrationen am 21. Oktober auf.

Damit der Protest am 21. Oktober kein lauer Herbstwind bleibt. Damit der Protest am 21. Oktober zum Herbststurm heranreift, der Hartzgesetze, Ausbildungsplatzmisere und Studiengebühren hinwegfegt!

Für Solidarität und freie Bildung.

Schluss mit den Reformen gegen uns!